

## Niederschrift

### über die 6. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 24.02.2000 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

#### Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Enseroth, Ina-Carola	Fraktion MBM/F.D.P.
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Ludwig, Anita	SPD-Fraktion
Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	
anwesend ab TOP Ö 14., 18.55 Uhr	Fraktion Grüne

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schmidt, Maike	Fraktion PETO
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Grüne
Stapper, Norbert (Entschuldigt fehlend)	Fraktion Grüne
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
Voigt, Juliane	Fraktion PETO
Von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.

#### Verwaltung

Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Bosbach, Hans	
Trost, Uwe	
Warden, Marion	
Müchler, Gerhard	
Brock, Hans Peter	
Herforth, Gisela	
Mittmann, Georg	
Kirberg, Inge	Schriftführerin

Beginn der Sitzung 18:10 Uhr

Ende der Sitzung 23:45 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. 2000/0301 Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Dr. Johannes Budde
- Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschrift vom ( )
- Ö 4. 2000/0348 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen  
- öffentliche Sitzung vom 22.12.1999
- Ö 5. 2000/0269 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses Bebauungsplan Nr. 53 M - 1. Änderung
- Ö 6. 2000/0275 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 10 B - 3. Änderung (Holzweg/Bonhoefferstraße/Carlo-Mierendorff-Straße), Gemarkung Baumberg, Flur 2  
- Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung
- Ö 7. 2000/0332 Aufstellungsbeschluss der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein, Gemarkung Baumberg, Flur 5, Flurstücke 810 und 1144
- Ö 8. 2000/0345 Untersuchung zur Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen
- Ö 9. 2000/0346 Anlegung einer Radspur in der Knipprather Straße
- Ö 10. 1999/0167 Einrichtung einer neuen Buslinie - Antrag der Fraktion PETO vom 21.09.1999
- Ö 11. 2000/0318 Maßnahmen Ernst-Reuter-Platz / Friedrichstraße
- Ö 12. 2000/0310 Ausbau Stichweg Heideweg
- Ö 13. 1999/0135 Sachstandsbericht zur Projektabfolge aus dem Handlungs- und Finanzierungsprogramm Berliner Viertel
- Ö 14. 2000/0316 Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein; geschlechtsneutrale Fassung
- Ö 15. 2000/0294 Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 13.10.1999
- Ö 16. 2000/0281 Satzung zur 1. Änderung der "Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung)"

- Ö 17. 2000/0285 Satzung zur 7. Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989"
- Ö 18. 2000/0303 Neufassung der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv
- Ö 19. 2000/0341 Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich eines Jahrmarktes in Verbindung mit einer Autoshow am 30.04.2000
- Ö 20. 2000/0311 Teilerhebung des Hundebestandes
- Ö 21. 2000/0309 Landesgleichstellungsgesetz NRW
- Ö 22. 2000/0351 Änderung Grünflächenpflegekonzept
- Ö 23. 2000/0339 Sportplatz Sandstraße: Eigenleistung der Sportfreunde Baumberg und Leistung der Stadt
- Ö 24. 2000/0347 Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
- Ö 25. 2000/0308 Errichtung einer Skater-Anlage
- Ö 26. 2000/0284 Einsatz der Discolinie DL 13
- Ö 27. 2000/0350 Einrichtung Bürgerbüro Baumberg
- Ö 28. 2000/0340 Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und ausserplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 08.12. - 31.12.99
- Ö 29. 2000/0300 Wiederwahl der Schiedsperson für den Bezirk II (Baumberg)
- Ö 30. 2000/0327 Vertretung der Stadt in der Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpfe - Haus Bürgel e.V.
- Ö 31. 2000/0344 Nachwahl und Umbesetzung in Ausschüssen
- Ö 32. 1999/0235 Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für das Verwaltungsgericht Düsseldorf
- Ö 33. 2000/0324 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Interessengemeinschaft Rubensstraße, Birgit Maczkowiak, Rubensstr. 5, vom 17.12.1999  
"Verkehrsbelastung in der Rubensstraße/AWO-Kindertagesstätte Knipprather Straße"
- Ö 34. 2000/0325 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 18.01.2000  
"Parkmöglichkeiten bei Veranstaltungen in der Aula des OHG"

- Ö 35. 2000/0326 Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.01.2000  
"Einladungen zum Neujahrskonzert am 02.01.2000"
- Ö 36. Mündliche Anfragen
- Ö 37. Mündliche Mitteilungen
- Ö 38. 2000/0354 Einstellung der Geschäftstätigkeit der Wirtschaftsförderung  
Monheim am Rhein GmbH zum 31.03.00

## **Nichtöffentliche Sitzung 23:30**

- NÖ 39. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 40. Kenntnisnahme der Niederschrift vom ( )
- NÖ 41. 2000/0349 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen  
- nichtöffentliche Sitzung vom 22.12.1999
- NÖ 42. 2000/0352 Gestattungsvertrag mit der EWM bzgl. des Glasfasernetzes für  
Telekommunikation
- NÖ 43. 2000/0355 Besetzung der Einigungsstelle nach § 67 Abs. 3 LPVG NRW für  
die Personalangelegenheit - beabsichtigte Kündigung von Frau  
Seemann
- NÖ 44. Mündliche Anfragen
- NÖ 45. Mündliche Mitteilungen

### **Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er bittet um Erweiterung der Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Punkte

- Ö 32. Drucksache 1999/235 Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen  
Verwaltungsrichter für das Verwaltungsgericht Düsseldorf
- Ö 33 Drucksache 2000/354 Einstellung der Geschäftstätigkeit der Wirtschaftsförderung  
Monheim am Rhein GmbH zum 31.03.2000

Die bisherigen TOP 32 bis 36 werden lfd. Nr. 34 bis 38.

Die SPD-Fraktion erklärt sich außer Stande, ohne die Möglichkeit einer Vorberatung über die Einstellung der Geschäftstätigkeit der WFG zu entscheiden und beantragt, diesen Punkt nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Bürgermeister fragt die SPD-Fraktion, ob sie nach einer Sitzungsunterbrechung zur Beratung bereit ist.

Die SPD-Fraktion bejaht dies, verlangt jedoch, dass die Vorlage dann mit Rücksicht auf die Zuhörer als letzter Punkt in der öffentlichen Sitzung behandelt wird.

Herr Bürgermeister Dünchheim sagt zu, das Thema unter TOP Nr. 38 zu behandeln und vorher die Sitzung für eine fraktionsinterne Beratung der SPD-Fraktion zu unterbrechen. Die lfd. Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Hiergegen gibt es keine Einwände. Es ergibt sich die in der Niederschrift festgehaltene Tagesordnung.

**Ö 2. 2000/0301 Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn  
Dr. Johannes Budde**

Herr Bürgermeister Dünchheim führt Herrn Dr. Johannes Budde in sein Amt ein und verpflichtet ihn in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

**Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 22.12.1999**

Der Rat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

**Ö 4. 2000/0348 Bericht über die Ausführung von Beschlüssen  
- öffentliche Sitzung vom 22.12.1999**

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Ö 5. 2000/0269 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses Bebauungsplan Nr. 53 M  
- 1. Änderung**

**Beschluss**

Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 53 M – 1. Änderung wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 6. 2000/0275 Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 10 B - 3.  
Änderung (Holzweg/Bonhoefferstraße/Carlo-Mierendorff-  
Straße), Gemarkung Baumberg, Flur 2  
- Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung**

Aus der CDU-Fraktion kommt die Frage, ob die von ihr im Fachausschuss geforderte 4. Variante „Doppelhäuser“ für die frühzeitige Bürgerbeteiligung gewährleistet ist und wann diese Bürgerbeteiligung stattfindet. Die Verwaltung bejaht die Frage und teilt mit, dass der Termin am 09.03.2000 im Bürgerhaus Baumberg stattfindet.

Die Fraktion Die Grünen begrüßt die Variante 3, die ihren Wünschen nach einem hohen Grünanteil und einem geringen Anteil für die Erschließung am weitesten entgegenkommt.

**Beschluss**

Für den Bebauungsplan Nr. 10 B – 3. Änderung (Holzweg/Bonhoefferstraße/Carlo-Mierendorff-Straße), Gemarkung Baumberg, Flur 2, wird der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

Für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 B wird die Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsherr Sander hatte zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe angezeigt und im Zuhörerraum Platz genommen.

**Ö 7. 2000/0332 Aufstellungsbeschluss der 36. Änderung des  
Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein,  
Gemarkung Baumberg, Flur 5, Flurstücke 810 und 1144**

Die SPD-Fraktion legt großen Wert darauf, dass der im Plangebiet gelegene Kirmesplatz und der Kinderspielplatz erhalten bleiben. Sollten anderweitige Überlegungen bestehen und an eine Verlegung des Kirmesplatzes auf die Bürgerwiese gedacht werden, hält sie vorher Gespräche mit den betroffenen Vereinen und deren Einverständnis für erforderlich. Außerdem sollten die Bürger frühzeitig angehört werden. Eine Verlegung des Kirmesplatzes auf die Bürgerwiese setze dort Befestigungsmaßnahmen voraus.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass das Planverfahren sich im ersten Stadium befindet und Details selbstverständlich im Verfahren zu klären sind. Er berichtet über bereits stattgefundene Gespräche mit den Baumberger Schützen, dem Bürgerverein, dem DRK und dem Akkordeonorchester. Die Baumberger Schützen und der Bürgerverein haben ihr Einverständnis zur Verlegung der Kirmes auf die Bürgerwiese erklärt; zu klären ist im weiteren Verfahren die erforderliche Befestigung. Dem DRK und dem Akkordeonorchester, die z.Z. über baufällige Räumlichkeiten verfügen, ist eine anderweitige geeignete Unterbringung zugesichert worden.

In der weiteren Diskussion betont die CDU-Fraktion ihre positive Haltung zu dieser Vorlage. Sie unterstreicht die Notwendigkeit der Klärung der aufgeworfenen Fragen im jetzt beginnenden Planverfahren.

Die Fraktion Die Grünen hält ebenfalls eine einvernehmliche Lösung für erforderlich und legt großen Wert darauf, dass eine grüne Verbindung in entsprechender Breite zwischen der Berghausener Straße und der Straße Am Sportplatz erhalten bleibt, in die der Kinderspielplatz mit einbezogen wird. Der Baumberger Bürgerwiese räumt sie eine hohe Bedeutung für den Biotopverbund ein und hält großflächige Versiegelungen für nicht angebracht.

Auf die Frage aus der Fraktion MBM/F.D.P. erklärt die Verwaltung, dass nicht an die Entfernung des Spielplatzes gedacht ist. Ob er allerdings an der gleichen Stelle bleiben kann, wird im Zuge des Bebauungsplanverfahrens geprüft.

In der Debatte kommt übereinstimmend zum Ausdruck, dass eine Befestigung der Bürgerwiese für die jährlich stattfindende Kirmes mit Augenmaß erfolgen muss und an eine „Betonierung“ keinesfalls gedacht ist.

**Beschluss**

Für die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Monheim am Rhein (Am Sportplatz/Berghausener Straße), Gemarkung Baumberg, Flur 5, Flurstücke 810 und 1144, wird der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig



## **Ö 8. 2000/0345 Untersuchung zur Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen**

Aus der SPD-Fraktion wird beantragt, die Möglichkeit der Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes an der Einmündung des Kielsgraben in die Baumberger Chaussee zu prüfen und mit in die Prioritätenliste aufzunehmen.

Die Verwaltung berichtet von Gesprächen mit dem Landschaftsverband, der der Einrichtung von Kreisverkehren positiv gegenübersteht. Im Zuge der Arbeiten zum Verkehrsentwicklungsplan wird die Verwaltung in einer umfangreichen Untersuchung prüfen, an welchen Stellen im Stadtgebiet Kreisverkehrsplätze angelegt werden können. Hierbei ist insbesondere auch die Abhängigkeit der Kreuzungen untereinander und die mögliche Verlagerung von Verkehrsströmen zu beachten. Hinsichtlich der Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes „Kielsgraben/Baumberger Chaussee“ ist bereits Kontakt mit dem Landschaftsverband aufgenommen worden, sie wird in die Planung der Straße Kielsgraben mit einbezogen.

Die Fraktion Die Grünen weist darauf hin, dass eine Verknüpfung der Frage der Kreisverkehrsplätze mit dem Verkehrsentwicklungsplan dringend erforderlich ist und in die Untersuchungen auch die Frage der Fußwege und der Schulwegsicherung mit einbezogen werden muss.

Die CDU-Fraktion unterstreicht diese Ausführungen und geht davon aus, dass die Untersuchungen sich nicht nur auf die in der Vorlage genannten Bereiche beziehen, sondern flächendeckend unter Berücksichtigung der Interessen aller Verkehrsteilnehmer, also auch der Fußgänger und Radfahrer, erfolgen.

Die Verwaltung verweist darauf, dass es der Wunsch des Fachausschusses war, die in der Vorlage genannten Bereiche vorab zu regeln. Die Vergabe der Prüfaufgaben zum Verkehrsentwicklungsplan ist in der übernächsten Sitzung des Fachausschusses vorgesehen. Sie sollen von einem Privatunternehmen umfassend und fachmännisch begutachtet werden.

Die SPD-Fraktion erklärt ihren Antrag damit für erledigt.

### **Beschluss**

Die Untersuchung zur möglichen Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen an Knotenpunkten in der Stadt Monheim am Rhein wird zur Kenntnis genommen.

Es sind mit dem Landschaftsverband dringliche Verhandlungen über die Einrichtung eines Kreisverkehrs im Bereich „Berghausener Straße/Benrather Straße/Baumberger Chaussee“ zu führen und darüber hinaus Verhandlungen zur Einrichtung von Kreisverkehren an den Kreuzungen „Opladener Straße/ Schwalbenstraße“ sowie „Opladener Straße/Rathausplatz“ aufzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 9. 2000/0346 Anlegung einer Radspur in der Knipprather Straße**

Aus der Fraktion Die Grünen wird auf den Standpunkt der Initiatoren der Unterschriftenliste verwiesen, die eine vernünftige Lösung des Radverkehrs auf der Knipprather Straße für dringend erforderlich halten.

Die CDU-Fraktion verweist auf die gegensätzlichen Meinungen zu dieser Frage, weshalb die Forderungen und Anregungen im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes, der auch das Radwegkonzept beinhaltet, mit behandelt werden sollen. Sie hält es für richtig,

dass die Problematik des Radverkehrs auf der Knipprather Straße von Fachleuten untersucht wird.

Die Fraktion MBM/F.D.P. hebt die Gefährlichkeit der jetzigen Situation hervor und unterstreicht die Ausführungen der CDU-Fraktion.

### **Beschluss**

1. Über die Abmarkierung der beidseitigen Radspur in der „Knipprather Straße“ wird nach Vorlage des Verkehrsentwicklungsplans entschieden.
2. Die Forderungen und Anregungen werden in die Fortschreibung zum Radwegekonzept mit aufgenommen und dort mitbehandelt.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Ö 10. 1999/0167 Einrichtung einer neuen Buslinie - Antrag der Fraktion PETO vom 21.09.1999**

Aus der Fraktion Die Grünen wird daran erinnert, dass bei der Einbringung des Antrages im Rat angeregt wurde, auch andere Lösungsmöglichkeiten, z.B. Anrufsammeltaxi, mit zu prüfen. Sie fragt an, ob diese Frage im Blickfeld bleibt.

Der Bürgermeister bejaht dies, da diese Frage zwangsläufig zu stellen ist, wenn die Wirtschaftlichkeit zu prüfen ist.

Aus der Fraktion Peto wird darum gebeten, die Angelegenheit mit in die vorgesehenen Gespräche mit der Stadt Langenfeld einfließen zu lassen.

Der Bürgermeister sagt dies zu und wird dort auch die Frage Sammeltaxi nochmals diskutieren.

### **Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine genaue Untersuchung (z.B. im Zusammenhang mit einem Verkehrsentwicklungsplan) vorzunehmen. Im Rahmen dieser Untersuchung soll eine Netzveränderung geklärt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

### **Ö 11. 2000/0318 Maßnahmen Ernst-Reuter-Platz / Friedrichstraße**

Die CDU-Fraktion macht deutlich, dass diese Vorlage nichts an ihrer Grundüberzeugung ändert, dass die Tunnelverbindung zum Berliner Viertel nicht die optimale Lösung ist. Sie ist jedoch der Meinung, dass ihre Absicht eines Rückbaus der Unterführung aufgrund des errechneten Kostenaufwandes von 2,6 Mio DM zum derzeitigen Zeitpunkt nicht weiter verfolgt werden sollte. Sie fordert jedoch dringend eine optimale Beleuchtung an den Eingängen der Unterführung und im Tunnel selbst.

Die SPD-Fraktion sieht sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass die Unterführung unter den gegebenen Bedingungen die bestmögliche Lösung darstellt und begrüßt und unterstützt die Beschlussvorlage nachdrücklich. Sie hält eine vernünftige Beleuchtung für kurzfristig möglich,

da nach ihren Informationen im Tunnel Lampen vorhanden sind. Sie fragt an, ob die Verzögerung der Umgestaltungsmaßnahmen im Bereich Friedrichstraße finanzielle Auswirkungen hat. Die Verwaltung antwortet, dass die Verzögerung weder planerische noch finanzielle Folgen hat.

**Beschluss**

Die Arbeiten im Bereich Friedrichstraße / Unterführung Berliner Ring sind auftragsgemäß auszuführen. Von einem plangleichen Übergang Friedrichstraße / Heinestraße / Berliner Ring wird abgesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 12. 2000/0310 Ausbau Stichweg Heideweg**

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion verweist auf ihre bereits im Haupt- und Finanzausschuss gemachte Anregung, bei dem Ausbau die Möglichkeit einer fußläufigen Verbindung zur Kämpe zu prüfen.

**Beschluss**

1. Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Mitteln in Höhe von 100.000 DM für das Haushaltsjahr 2000 zum Ausbau des Stichweges Heideweg wird zugestimmt.
2. Zur Deckung der bereit gestellten Mittel werden die Haushaltsstellen 6140.3400.00 – Mehrwertausgleiche – und 6300.3500.00 – Erschließungsbeiträge – herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 13. 1999/0135 Sachstandsbericht zur Projektabfolge aus dem Handlungs- und Finanzierungsprogramm Berliner Viertel**

**Beschluss**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 14. 2000/0316 Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein; geschlechtsneutrale Fassung**

Aus der SPD-Fraktion wird darum gebeten, die Hauptsatzung vor der Veröffentlichung auf die neue Rechtschreibung hin zu überprüfen.

**Beschluss**

Die Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Sie ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 15. 2000/0294 Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 13.10.1999**

**Beschluss**

Die Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Monheim am Rhein für die Durchführung von Bürgerentscheiden vom 13.10.1999 wird beschlossen.

Die beiliegende Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 16. 2000/0281 Satzung zur 1. Änderung der "Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung)"**

**Beschluss**

Die Satzung zur 1. Änderung der "Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein

(Grundstücksentwässerungssatzung)" wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 17. 2000/0285 Satzung zur 7. Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989"**

**Beschluss**

Die Satzung zur 7. Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung

(Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.1989" wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 18. 2000/0303 Neufassung der Benutzungsordnung für das Stadtarchiv****Beschluss**

Die Neufassung der Benutzungsordnung für das Archiv der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die Neufassung (Anlage 2) ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 19. 2000/0341 Erlaß einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich eines Jahrmarktes in Verbindung mit einer Autoshow am 30.04.2000**

Die SPD-Fraktion schließt sich der Position der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft an und lehnt den verkaufsoffenen Sonntag am 30.04.2000 in Verbindung mit einem Jahrmarkt am 30.04. und 01.05.2000 ab. Sie betont, dass es in das Ermessen der Stadt gestellt ist, wann sie verkaufsoffene Sonntag zulässt. Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung des 1. Mai stimmt sie dem beantragten verkaufsoffenen Sonntag zu diesem Termin nicht zu.

Die Fraktion Die Grünen ist der Meinung, dass dieses Problem gelöst werden könnte, wenn die Genehmigung unter der Voraussetzung erteilt wird, dass bis zum Ende der Maikundgebung keine Aktionen durchgeführt werden. Sie sieht die Angelegenheit differenziert und verweist auf evtl. Ermüdungserscheinungen bei zu vielen verkaufsoffenen Sonntagen. Im Übrigen lehnt sie die Vorlage mit Rücksicht auf die Beschäftigten des Einzelhandels ab und vertritt die Auffassung, dass die Aufweichung des Ladenschlussgesetzes nicht dazu geführt hat, dass es dem Einzelhandel besser geht.

Die anderen Fraktionen begrüßen die Veranstaltung und sehen darin eine Möglichkeit zur Förderung des Einzelhandels in der Stadt.

**Beschluss**

Die beigelegte Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass wird beschlossen.

Die Verordnung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 23 Stimmen (BM, 18 CDU, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 13 Stimmen (11 SPD, 2 Grüne)

## **Bürgerfragestunde**

**Beginn: 19.12 Uhr**

Ein Bürger bezieht sich auf seine Anfrage in der Bürgerfragestunde in der Ratssitzung am 22.12.1999 und fragt an, wie Ersatz für die geschlossene Toilette auf dem Busbahnhof geschaffen werden kann.

Herr Bürgermeister Dünchheim sagt eine Überprüfung zu.

Eine Bürgerin fragt an, warum am Wirtschaftsweg gegenüber dem Berliner Ring Bäume und Sträucher dem Erdboden gleich gemacht wurden.

Herr Beigeordneter Spiecker antwortet, dass hier die Deichtrasse vorbereitet wird. Auch im März werden weitere Rodungsarbeiten erfolgen. Am 29.03.2000 wird der 1. Spatenstich für den neuen Deich durchgeführt. Die Ratsmitglieder werden hierzu eine Einladung erhalten. Die Bürgerin ist der Meinung, dass die Bevölkerung über solche Rodungsarbeiten vorher informiert werden sollte. Der Bürgermeister räumt dies ein.

Ein weiterer Bürger verweist auf die Umgestaltungsarbeiten am Steglitzer Platz und den dort errichteten Sandkasten. Er ist der Meinung, dass die Gestaltung dieses Sandkastens mit dicken Steinen für Kinder sehr gefährlich ist und fragt an, ob hier Abhilfe möglich ist.

Der Bürgermeister sagt eine Kontrolle durch den Außendienst zu.

Unter Bezugnahme auf die letzte Ratssitzung bemängelt ein Bürger, dass seine Anfrage, ob es bei Ratssitzungen mit einem derartigen Beratungsumfang auch Getränke für die Zuhörer gibt, nicht in das Protokoll über diese Ratssitzung aufgenommen wurde. Er fragt an, welche Vorstellungen darüber bestehen, nach wie vielen Tagesordnungspunkten von einem Feierabendparlament wie einem Stadtrat noch den Problemen angemessene Entscheidungen erwartet werden dürfen. Er verweist auf den von den Ratsmitgliedern vor der Sitzung bereits abgeleiteten 8 Stunden-Arbeitstag.

Herr Bürgermeister Dünchheim entgegnet, dass die Fraktionen sich bislang nicht für eine Begrenzung der Sitzungsdauer entschieden haben und eine solche mögliche Entscheidung in das Ermessen der Ratsmitglieder gestellt ist.

**Ende: 19.19 Uhr**

## **Ö 20. 2000/0311 Teilerhebung des Hundebestandes**

Aus der CDU-Fraktion wird unter Bezug auf die vor zwei Jahren durchgeführte Hundebestandsaufnahme die Frage aufgeworfen, ob eine Befragung der Haushalte nach einem Hund, möglicherweise auch nach einem Hund in der Nachbarschaft, unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten zulässig ist.

Der Bürgermeister entgegnet, dass eine Befragung nach einem Hund im Haushalt datenschutzrechtlich zulässig ist, bedenklich ist die Frage nach einem Hund in der Nachbarschaft.

Die Fraktion MBM/F.D.P. hält nichts von der vorgesehen Befragung der Haushalte und plädiert für eine punktuelle Kontrolle der Hunde durch den städtischen Außendienst.

Die Verwaltung verweist darauf, dass die jetzt anstehende Erhebung Teil des 1997 abgeschlossenen Vertrages ist und bereits damals als Nachkontrolle vorgesehen war, um eine Nachhaltigkeit in der Steuergerechtigkeit zu erzielen. Nach einer vorherigen Information in der Presse wird eine punktuelle Überprüfung erfolgen.

Aus der Fraktion Die Grünen wird festgestellt, dass der Rat in dieser Frage keinen Entscheidungsspielraum hat, da die vorgesehene Befragung Teil eines bestehenden Vertrages ist. Sie stellt den Sinn dieser Nacherhebung in Frage.

Der Rat nimmt die Mitteilung über die Durchführung einer Teilerhebung des Hundebesandes zur Kenntnis.

## **Ö 21. 2000/0309 Landesgleichstellungsgesetz NRW**

### **Beschluss**

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Ö 22. 2000/0351 Änderung Grünflächenpflegekonzept**

Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage nicht zu. Sie lehnt die Hektik in dieser Frage ab und ist dafür, zunächst die Auswirkungen des vor zwei Jahren beschlossenen Konzeptes abzuwarten und dann über Neuerungen nachzudenken. Sie verweist im Übrigen darauf, dass die Vorlage hinsichtlich der Platanen unrichtig ist, da es nicht nur in der Krischerstraße und Niederstraße Platanen gibt.

Die Fraktion Die Grünen begrüßt die Vorlage, da sie in die Richtung vieler ihrer Anträge gehe. Sie verweist darauf, dass viele der umzusetzenden Maßnahmen in anderen Städten Standard sind. Sie hält die Erstellung des Grünordnungsplanes für dringend erforderlich, da in diesem Zusammenhang die Nutzung und Pflege vieler Grünflächen überprüft werden muss. Hinsichtlich der Platanen regt sie an, einen Baumsachverständigen zu befragen, ob nicht eine noch weitergehende Reduzierung des Rückschnittrhythmus möglich ist, um langfristig die Bäume zu einer anderen Wuchsform zu erziehen, wodurch eine weitere Kosteneinsparung zu erzielen wäre.

### **Beschluss**

Das Grünflächenpflege-Konzept und seine Durchführung wird in folgenden Punkten entsprechend den Vorschlägen des Gemeindeprüfungsamtes ergänzt und versuchsweise geändert:

- Zur Umsetzung des Grünflächenpflege-Konzeptes wird die Erstellung eines Grünflächenkatasters auf der Grundlage von Luftbildauswertungen geprüft.

- Die Schnitthäufigkeit der Zierrasenflächen wird von 25 auf 13 reduziert.
- Extensivrasen wird nur noch 6- statt 10-mal geschnitten.
- Die Schnittfrequenz des Sportrasens wird nicht geändert. Im Rahmen des Sportstättenkonzeptes wird geprüft, ob die Pflege der Sportrasenflächen den Vereinen zu übertragen ist.
- Unter Berücksichtigung des zu erstellenden Grünordnungsplanes wird Zier- und Gebrauchsrasen in Extensivrasen oder Wiesen umgewandelt.
- Die Platanen auf der Krischer- und Niederstraße werden nicht mehr jährlich, sondern zweijährig mit der Säge geschnitten.
- Freiwerdende Personalressourcen sollen verstärkt für Pflegeschnitte zur Verkehrssicherung und zur Behebung punktueller Verschmutzungen eingesetzt werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür            25 Stimmen (BM, 18 CDU, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)  
 dagegen            11 Stimmen (SPD)

#### **Ö 23. 2000/0339    Sportplatz Sandstraße: Eigenleistung der Sportfreunde Baumberg und Leistung der Stadt**

Die CDU-Fraktion unterstützt die Beschlussvorlage ausdrücklich, da sie den Abschluss der langen Bemühungen zum Erhalt des Sportplatzes darstelle. Sie fragt nach, ob die Kosten der Abwasserhebeanlage in Höhe von 35.000 DM in den Eigenleistungen der Sportfreunde oder in der Leistung der Stadt enthalten sind und ob bei der Belagwahl die erforderliche dicke Filzschicht berücksichtigt wurde. Sie sieht es gegenüber den Sportfreunden als nicht glücklich an, die ursprünglich geschätzten Kosten von 1,4 Mio DM bereits jetzt zu reduzieren, sondern plädiert dafür, zunächst den Fortgang der Bauarbeiten abzuwarten. Sie bemerkt, dass die Sportfreunde Wert auf die Formulierung legen, dass sie ein Umkleidegebäude mit Clubräumen bauen.

Herr Bürgermeister Dünchheim berichtet, dass es fünf Gesprächsrunden mit den Sportfreunden gegeben hat, in denen alle Fragen, auch die des Belages, einvernehmlich geklärt wurden. Er geht davon aus, dass die Kosten der Abwasserhebeanlage in der Brechnung enthalten sind, wird dies jedoch nochmals prüfen.

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. wird die Vorlage ebenfalls begrüßt. Es kommt in diesem Zusammenhang die Anregung, auch die Klage der Mündigen Bürger zu erledigen. Es wird dafür plädiert, in einer prozessualen Erklärung gegenüber dem Verwaltungsgericht die heutige Entscheidung mitzuteilen mit dem Antrag, die Klage für erledigt zu erklären.

Der Bürgermeister sagt zu, dies unter Berücksichtigung der Kostenfrage zu prüfen.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion betont, dass ihre Fraktion nach wie vor die Entscheidung vom September 1997 zum Bau eines neuen Sportplatzes statt der Sanierung für richtig hält und zu dieser Entscheidung angesichts der Fakten, der finanziellen Möglichkeiten und der Anforderungen steht. Sie ist der Überzeugung, dass die Entwicklungen der nächsten Jahre zeigen wird, dass ihre Überlegungen richtig waren. Die Sprecherin macht deutlich, dass die SPD-Fraktion, auch wenn sie die Grundsatzentscheidung für die Sanierung des Sportplatzes an der Sandstraße nicht für richtig hält und dagegen gestimmt hat, sich an den einzelnen Entscheidungen bei der Umsetzung des Beschlusses beteiligen wird. Sie werde keine Fundamental-Opposition betreiben.



Die Fraktionsvorsitzende erklärt, dass für die Entscheidung ihrer Fraktion über die Vorlage, die den unverzüglichen Beginn der Maßnahme festlegt, die Beantwortung folgender Fragen erforderlich ist:

1. Gelten die Aussagen der „Schalltechnischen Untersuchung“ von 1997 noch oder gibt es neuere Erkenntnisse?
2. Was genau werden die Sportfreunde auf dem Gelände bauen? (Klubhaus, Vereinsheim, Jugendraum, Umkleide/Sanitäranlage). Mit welchem Nutzungskonzept?
3. Reichen die Flächen für den Bau eines Neubaus, der über das Ausmaß der bisherigen Umkleide hinausgeht? Sind hierbei Auflagen zu beachten?
4. Welches Raumprogramm ist für das Gebäude vorgesehen? Wird es außer dem Verein andere Nutzer geben?
5. Welche Einflussmöglichkeiten hat die Stadt auf die Ausführung der Baumaßnahme beim vorgeschlagenen Konzept? Auf die Materialien und Standards?
6. Ist sichergestellt, dass die Umkleide- und Sanitärräume den Mindeststandard in Größe und Ausstattung der Anlage am Kielsgraben haben?
7. Ein Kritikpunkt an der alten Anlage war, dass beim Kunstrasen „gespart“ wurde. Ist sichergestellt, dass nun mit der Entscheidung für den preislich günstigeren Kunstrasen - unter Berücksichtigung der besonderen Bodenverhältnisse - ähnliche Kritik ausgeschlossen werden kann.
8. Aus welchen Positionen setzen sich die 1,2 Mio DM für die Sanierung der Spielfläche (nach Herausnahme der Kosten für die Erneuerung der Sanitär- und Umkleideräume und ohne den Zuschuss an die SF Baumberg) zusammen?
9. Ist es zutreffend, dass für den sanierten Platz eine deutlich stärkere Flutlichtanlage zugesagt wurde?
10. Wird in dem Vertrag mit den Sportfreunden die alleinige Nutzung der Sportanlage durch die Sportfreunde Baumberg festgeschrieben?

Die Fragen werden von Herrn Bürgermeister Dünchheim wie folgt beantwortet:

1. Um Lärmbelästigungen und Konflikte zu vermeiden, können die Sportler zu „kritischen Zeiten“ auf andere Sportplätze, so z.B. den neuen Sportplatz am Kielsgraben verwiesen werden.
2. Umkleideräume und Duschräume. Alles Weitere soll den Sportfreunden im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten und des Baurechts überlassen werden.
3. Der Neubau wird sich in den vorgegebenen bisherigen Grenzen bewegen müssen. Die Auflagen des geltenden Baurechts sind zu beachten.
4. Es sind Duschräume und Umkleideräume vorgesehen. Der Vertrag über den Bau des Umkleidegebäudes wird mit den Sportfreunden Baumberg abgeschlossen. Über andere Nutzer entscheidet der Verein.

5. Über die Sanierung des Sportplatzes entscheidet die Stadt in enger Kooperation mit den Sportfreunden, u.a. ist die Frage des Belages einvernehmlich gelöst worden.
6. Ja. Es gibt Vorgaben, die einzuhalten sind; andernfalls wird die Baugenehmigung nicht erteilt.
7. Ja. Die Sportfreunde sind in die Entscheidung maßgeblich mit eingebunden. Obwohl aufgrund der Belagwahl auf die Matte verzichtet werden kann, wird die Verwaltung beide Varianten ausschreiben und diese Frage nochmals von Fachleuten überprüfen lassen.
8. Eine Kostenaufstellung wird hierzu schriftlich zugestellt.
9. Die Flutlichtanlage entspricht der Flutlichtanlage am Kielsgraben und wird für die Anwohner des Sportplatzes keine Probleme bringen.
10. In dem abzuschließenden Vertrag soll die Betreuung, Pflege und Instandhaltung des Sportplatzes langfristig in die Verantwortung der Sportfreunde Baumberg gelegt werden.

Aus der SPD-Fraktion wird angefragt, zu welchen Zeiten der Spielbetrieb auf dem Sportplatz Sandstraße entsprechend dem Lärmschutzgutachten nicht möglich ist und die Sportfreunde auf den Platz am Kielsgraben ausweichen müssen.

Der Bürgermeister sagt zu, diese Anfrage über die genauen Zeiten schriftlich zu beantworten.

Der Vorsitzende der Fraktion Die Grünen begrüßt die Vorlage und führt an, dass damit der Wille der Sportfreunde und des überwiegenden Teil der Baumberger Bevölkerung umgesetzt wird. Er verweist darauf, dass es sich um einen Grundsatzbeschluss handelt und das noch zu entwickelnde Vertragswerk dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt wird.

Aus der CDU-Fraktion werden die Ausführungen der SPD-Fraktion kritisiert. Sie bemängelt, dass die zuvor angekündigte kritische Begleitung durch die zum Teil als rhetorisch zu bewertenden Fragen auf eine Ablehnung des Grundsatzbeschlusses zielt. Sie weist den Vorwurf der Hektik zurück und hält der SPD-Fraktion den Bau des Sportplatzes am Kielsgraben vor, der nach ihrer Auffassung ohne Beteiligung der Sportler so forciert wurde, damit er noch vor der Kommunalwahl eingeweiht werden konnte. Sie ist der Meinung, dass sich diese Eile jetzt rächt, da sich bereits jetzt erste Schäden am Belag zeigen. Hinsichtlich evtl. Beschwerden wegen Lärmbelästigungen hebt sie hervor, dass alle Anlieger sich für den Erhalt des Sportplatzes eingesetzt haben und deshalb keine Probleme zu erwarten sind.

Die SPD-Fraktion stellt die Frage, ob es unterschiedliche Lärmwerte für neu zu errichtende und zu sanierende bestehende Sportanlagen gibt und wie die anstehende umfangreiche Sanierung zu werten ist.

Herr Bürgermeister Dünchheim antwortet, dass die Sanierung als Neuanlage zu werten sein wird, sagt hierzu jedoch eine nochmalige Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

Vor dem Hintergrund der von der SPD-Fraktion vorgeworfenen Hektik führt er an dieser Stelle die Beanstandung des Gemeindeprüfungsamtes Mettmann an der Vergabe des Gebäudes auf dem Sportplatz Kielsgraben an, die ohne Wettbewerb durchgeführt wurde.

Die SPD-Fraktion hält an ihrer Auffassung fest, dass vor diesem Grundsatzbeschluss, der den unverzüglichen Baubeginn festschreibe, offene Fragen zu klären sind.

Der Bürgermeister unterstreicht, dass er die Fragen der SPD-Fraktion beantwortet hat. Er macht deutlich, dass ihm keine Beschwerden von Anliegern gegen die Sanierung vorliegen und verweist auf die Möglichkeit des Ausweichens bei Sportveranstaltungen zu kritischen Zeitpunkten. Er hebt hervor, dass der heutige Grundsatzbeschluss Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen mit den Sportfreunden und die Ausschreibung der Spielfläche ist. Das mit den Sportfreunden abzuschließende Vertragswerk wird vorher dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

An dieser Stelle beantragt der Vorsitzende der Fraktion MBM/F.D.P. Schluss der Debatte, da nach seiner Auffassung alle Argumente ausgetauscht sind und eine weitere Diskussion sinnlos ist.

Diesem Antrag wird bei 11 Gegenstimmen (SPD) und einer Enthaltung (Grüne) mit 24 Stimmen (BM, 18 CDU, 1 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.) zugestimmt.

Die SPD-Fraktion beantragt Unterbrechung der Sitzung. Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung von 20.25 Uhr bis 20.40 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass die SPD-Fraktion nicht vollständig anwesend ist. Auf seine Frage nach dem Beratungsergebnis erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, dass ihre Fraktion zur Abstimmung bereit ist. Die SPD-Fraktion hält die Antworten des Bürgermeisters auf ihre Fragen für nicht zufriedenstellend, will jedoch neuen Wegen nicht im Wege stehen. Da die Entscheidungsgrundlagen für sie nicht ausreichend sind, sieht sie sich nicht im Stande zuzustimmen; sie wird sich der Stimme enthalten.

Die CDU-Fraktion beantragt namentliche Abstimmung.

Belger, Hans-Martin	nicht anwesend
Bosbach, Günter	ja
Budde, Dr. Johannes	ja
Budig, Detlef	Enthaltung
Danielewsky, Mike	ja
Ditz, Hans-Joachim	ja
Enseroth, Ina-Carola	ja
Geyer, Jens	Enthaltung
Göbel, Karl-Heinz	ja
Goller, Werner	nicht anwesend
Greis, Peter	ja
Gronauer, Markus	ja
Hackel, Gabriele	ja
Hengsberger, Wally	Enthaltung
Klein, Manfred	Enthaltung
Knops, Dr. Hans Joachim	ja
König, Karl	ja
Ludwig, Anita	nicht anwesend
Müller, Dr. Ulrich	ja
Nieswand, Helmut	nicht anwesend
Ockel, Reinhard	ja
Odendahl, Heidrun	ja
Prondzinsky, Marion	ja
Pruin, Stefan	ja
Richrath, Martin	ja
Sander, Dieter	Enthaltung

Schaub, Lothar	ja
Schmidt, Harald	Enthaltung
Schmidt, Maike	ja
Senft, Harald	ja
Stamm, Andrea	ja
Taplick, Karl-Heinz	ja

Tonn, Elisabeth	Enthaltung
Voigt, Juliane	ja
Von Wallis, Winfried	ja

Damit ist folgender Beschlussvorschlag angenommen:

### **Beschluss**

1. Die Stadt Monheim am Rhein schließt einen Vertrag mit dem SF-Baumberg über die Errichtung eines Klubhauses auf dem Sportplatz Sandstraße in Eigenleistung. Darin wird dem SF-Baumberg die Bauherrenaufgabe übertragen. In dem abzuschließenden Vertrag sollen die erforderlichen Einzelheiten geregelt werden, insbesondere die Festlegung von Standards auf der Grundlage der einschlägigen Bauvorschriften hinsichtlich des Sportstättenbaus und die Übertragung des Eigentums auf die Stadt. Die Stadt stellt als Baukostenzuschuss dem SF-Baumberg einen Betrag von pauschal 270.000 DM zur Verfügung.
2. Es ist ein weiterer Vertrag über die langfristige Nutzung der Sportanlage durch die Sportfreunde Baumberg zu entwickeln und abzuschliessen.

Die Sanierung der Spielfläche erfolgt durch die Stadt Monheim am Rhein. Mit der Maßnahme kann unverzüglich begonnen werden.

### **Ö 24. 2000/0347 Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen**

Die SPD-Fraktion anerkennt die fundierte Vorlage, sie begrüßt sie ausdrücklich und stimmt ihr zu. Sie bemerkt, dass die bislang von der Verwaltung vertretene Rechtsauffassung eine solche Beschlussfassung nicht zuließ.

Auch die Fraktion Die Grünen begrüßt die Vorlage, die ihren Antrag positiv erledigt. Sie hält die Beschlussfassung für das richtige Signal und hofft, dass die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Arbeitsamtsbezirk Monheim/Langenfeld zurückgeht.

Die CDU-Fraktion dankt dem Bürgermeister für die ausführliche Vorlage, mit der der Rat jetzt eine Entscheidung treffen kann, die eine Chance für mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche bietet. Sie stimmt der Vorlage zu, auch wenn sie nicht jedes Risiko restlos ausräumen kann.

### **Beschluss**

1. Der vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr – zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und aller Landesministerien – bekanntgegebene Runderlass „Bevorzugte Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“ vom 27.09.1996 sowie der dazu ergangene Änderungserlass vom 18.09.1998,

der die Anwendung des ursprünglichen Erlasses auf Auftragsvergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte (200.000 Euro bei VOL-Vergaben 5 Mio. Euro bei VOB-Vergaben) beschränkt, ist im Auswahlverfahren zur Ermittlung des wirtschaftlichen Bieters (Auftragnehmers) anzuwenden.

2. Die Bevorzugungsregelung greift in Fällen, in denen das wirtschaftlichste bzw. das annehmbarste Angebot von keinem Ausbildungsbetrieb abgegeben wurde und der zweitgünstigste Bieter in angemessenem Umfang ausbildet. Dabei ist der Begriff „angemessener Umfang der Ausbildung“ extensiv auszulegen, d. h. nur bei einem offensichtlich krassen Missverhältnis zwischen der Beschäftigtenzahl und der Anzahl der Ausbildungsplätze liegt ein unangemessener Umfang der Ausbildung vor. Eine Bevorzugung von Ausbildungsbetrieben mit einer besseren Ausbildungsquote gegenüber anderen Ausbildungsbetrieben findet daher grundsätzlich nicht statt.
3. Ausbildungsbetriebe haben ein Angebot abzugeben, das von der Leistungsseite her ebenso wirtschaftlich bzw. annehmbar ist, wie das des Nichtausbildungsbetriebes. Sollte nach dieser Wertung nur noch der Angebotspreis die Ausschlag gebende Rolle spielen, kann ein geringfügiger Mehrpreis akzeptiert werden. Zur Beurteilung, ob ein nur geringfügiger Mehrpreis vorliegt, wird folgende Mehrpreisstaffel herangezogen:

Als geringfügige Überschreitung des wirtschaftlichsten bzw. annehmbarsten Angebots gelten folgende Mehrpreise:

Angebotspreis von/bis	Mehrpreis
0 DM – 5.000 DM	5 %
5.000 DM – 10.000 DM	4 %
10.000 DM – 50.000 DM	3 %
50.000 DM – 100.000 DM	2 %
100.000 DM – 500.000 DM	1 %
500.000 DM	0,5 %

Der jeweils zulässige Mehrpreis ist beginnend mit 5 % - entsprechend der Angebotssumme stufenweise – zu berechnen und zusammen zu zählen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Ö 25. 2000/0308 Errichtung einer Skater-Anlage**

Die CDU-Fraktion äußert ihre große Genugtuung, dass die Entscheidung nun so fällt wie sie sie 1997 beantragt hat. Sie plädiert aus Naturschutzgründen dafür, die Umzäunung unten als Fluchtschneise für Tiere im Hochwasserfall offen zu halten. Sie bittet um schnellstmögliche Umsetzung des Beschlusses, damit die Anlage im Sommer in Betrieb genommen werden kann.

Die SPD-Fraktion verweist auf Interessenskonflikte mit dem Tennisclub und bittet darum, diese in einem Gespräch auszuräumen. Der Bürgermeister teilt mit, dass der Tennisclub um ein Gespräch gebeten hat; er wird den aufgeworfenen Fragen nachgehen.

Die Verwaltung hält eine Umzäunung, auch wenn sie unten offen ist, für äußerst kritisch. Sie verweist darauf, dass die Träger öffentlicher Belange im Bauleitplanverfahren Gelegenheit zur Stellungnahme haben und es abzuwarten gilt, welche Stellungnahmen es hierzu gibt.

**Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die bau- und planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung der Skater-Anlage an dem in der Anlage mit Alternative 2 bezeichneten Standort (Ecke Monheimer Straße/Am Kielsgraben) zu schaffen.
2. Der mit Beschluss des Rates vom 16.06.1999 (TOP 16, Drucksache-Nr. 99/0254) festgelegte Standort hinter dem Bootshaus an der Kapellenstraße wird aufgegeben.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Ö 26. 2000/0284 Einsatz der Discolinie DL 13**

### **Beschluss**

Die Discolinie DL 13 wird nach dem Erprobungszeitraum ab 01.04.2000 2x wöchentlich fortgeführt. Die 2. Fahrt um 2.33 Uhr wird wegen mangelnder Auslastung eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Ö 27. 2000/0350 Einrichtung Bürgerbüro Baumberg**

Die Fraktionen begrüßen übereinstimmend die Vorlage. Die SPD-Fraktion merkt kritisch an, dass die Einschränkungen zeitlicher und inhaltlicher Art so weitgehend sind, dass sich die Einrichtung kaum belebend auf das Einkaufszentrum Holzweg auswirken wird.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass die Öffnungszeiten des Bürgerbüros, entsprechend der Öffnungszeiten des Einzelhandels, bis 18.30 Uhr verlängert werden sollte. Hinsichtlich der Ausgabe von Pässen und Ausweisen hält sie es für wünschenswert, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits bei der Antragstellung gefragt werden, ob sie eine Ausgabe im Bürgerbüro Baumberg wünschen.

Die Verwaltung sagt zu, die Möglichkeit einer längeren Öffnungszeiten zu überprüfen. Außerdem sagt sie aufgrund der diesbezüglichen Diskussion zu, den Fraktionen nochmals die vor einiger Zeit angestellte Kostenberechnung einer Zweigstelle des Bürgerbüros in der ehemaligen Sparkassen-Filiale im Einkaufszentrum Holzweg zukommen zu lassen.

### **Beschluss**

1. Im Stadtteil Baumberg werden - zunächst befristet für ein Jahr und beschränkt auf einen Werktag je Woche - Leistungen des Bürgerbüros zusätzlich zum vorhandenen Angebot im Stadtteil Monheim angeboten.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, im Einkaufszentrum Baumberg eine Bürofläche (s. Sachdarstellung) befristet für ein Jahr, mit der Option der Verlängerung, anzumieten.
3. Die Verwaltung berichtet nach halbjähriger Erprobungsphase ausführlich über die mit dem zusätzlichen Angebot gemachten Erfahrungen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 28. 2000/0340      Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und  
ausserplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 08.12. - 31.12.99**

**Beschluss**

Der Rat nimmt die nicht erheblichen über- und ausserplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 08.12.1999 bis zum 31.12.1999 zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 29. 2000/0300      Wiederwahl der Schiedsperson für den Bezirk II (Baumberg)**

**Beschluss**

Herr Jürgen Hupperts wird für weitere fünf Jahre für den Bezirk II (Baumberg) zur Schiedsperson gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 30. 2000/0327      Vertretung der Stadt in der Interessengemeinschaft Urdenbacher  
Kämpfe - Haus Bürgel e.V.**

Die SPD-Fraktion schlägt Frau Ingeborg Friebe und Herrn Hans Bosbach als Vorstandsmitglieder für die Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpfe – Haus Bürgel e.V. vor. Die CDU-Fraktion benennt vor dem Hintergrund, dass Frau Friebe als persönliches Mitglied dem Vorstand als Vorsitzende des Vereins bereits angehört, Herrn Karl König und Herrn Hans Bosbach.

**Beschluss**

Herr Karl König                      Ratsmitglied                      CDU                      und  
Herr Hans Bosbach      Städt. Verwaltungsrat                      Geschäftsführer  
werden zu Vorstandsmitgliedern der Interessengemeinschaft Urdenbacher Kämpfe – Haus Bürgel e.V. benannt.

**Abstimmungsergebnis:**  
dafür                      20 Stimmen (18 CDU, 2 Grüne)

dagegen 11 Stimmen (SPD)  
 Enthaltung 4 Stimmen (2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

**Ö 31. 2000/0344 Nachwahl und Umbesetzung in Ausschüssen**

**Beschluss**

Der Rat nimmt folgende Nachwahlen und Umbesetzungen in Ausschüssen vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
<b>Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport</b> Marion Prondzinsky		Dr. Johannes Budde	
<b>Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen</b>	Kerstin Daute		Dr. Johannes Budde
<b>Ausschuss für soziale Angelegenheiten</b>	Kerstin Daute		Dr. Johannes Budde (7. Stellvertreter – die bisherigen Stellvertreter Nr. 2 – 7 werden lfd. Nr. 1 – 6)
<b>Rechnungsprüfungsausschuss</b> Kerstin Daute		Dr. Johannes Budde	
<b>Jugendhilfeausschuss</b> Kerstin Daute	Marion Prondzinsky	Marion Prondzinsky	Harald Senft

**Abstimmungsergebnis:**  
 einstimmig

**Ö 32. 1999/0235 Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen  
 Verwaltungsrichter für das Verwaltungsgericht Düsseldorf**

Die Fraktionen CDU, SPD und Grüne benennen die im Beschlussvorschlag enthaltenen Personen. Von den Fraktionen Peto und MBM/F.D.P. werden keine Vorschläge gemacht. Aus der CDU-Fraktion wird darum gebeten, den Vorschlag Susanne Ledebur auf Hinderungsgründe nach § 22 VwGO (Rechtsanwältin) zu überprüfen.

**Beschluss**

Zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für das Verwaltungsgericht in Düsseldorf werden folgende Personen vorgeschlagen:



1. Hans-Jürgen Goldmann, Im Rennekamp 10
2. Paul Odendahl, Hauptstr. 19
3. Hermann Ernst Gronauer, Garather Weg 45
4. Theo Kurschildgen, Kreuzstr. 11
5. Karl-Heinz Göbel, Tempelhofer Str. 23
6. Peter Butschko, Krischerstr. 23
7. Winfried Schneeloch, Humboldtstr. 41
8. Harald Senft, Ulrich-von-Hassell-Str. 4
9. Gabriele Hackel, Bleer Str. 27
10. Bruno Kosmala, Fontanestr. 53
11. Peter Raabe, Garather Weg 23
12. Klaus Hüter, Lindenstr. 5 b

13. Dieter Hüttenrauch, Hegelstr. 64
14. Dieter Sander, Auf'm Kostenkamp 11
15. Ariane Knauer, Benrather Str. 52
16. Harald Schmidt, Bleer Str. 160
17. Artur Jelinek, Falkenstr. 13
18. Susanne Ledebur, Gartzenweg 47
19. Klaus Fliescher, Knipprather Str. 37
20. Herbert Heck, Holunderweg 58

21. Peter Kröger, Holbeinstr. 27

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 33. 2000/0324 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW  
 Interessengemeinschaft Rubensstraße, Birgit Maczkowiak,  
 Rubensstr. 5, vom 17.12.1999  
 "Verkehrsbelastung in der Rubensstraße/AWO-  
 Kindertagesstätte Knipprather Straße"**

Die Fraktionen schließen sich übereinstimmend der Stellungnahme der Verwaltung an und betonen, dass auch unter Würdigung der berechtigten Interessen der Anwohner die Sicherheit der Kinder Vorrang haben muss. Für die Rubensstraße wird die Einrichtung von Tempo 30 befürwortet. Die Kindergartenleitung soll gebeten werden, auf die Eltern, die ihre Kinder mit dem PKW zum Kindergarten bringen, dahingehend einzuwirken, dass sie Rücksicht auf die Interessen der Anwohner nehmen.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Kindergartenleitung zu bitten, auf die Eltern, die ihre Kinder mit dem PKW zum Kindergarten bringen, dahingehend einzuwirken, dass sie Rücksicht auf die Interessen der Anwohner nehmen,
2. auf der Rubensstraße Tempo 30 anzuordnen.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür 34 Stimmen (BM, 18 CDU, 9 SPD, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen 1 Stimme (SPD)  
Enthaltung 1 Stimme (SPD)

**Ö 34. 2000/0325 Antrag der Fraktion MBM/F.D.P. vom 18.01.2000**  
**"Parkmöglichkeiten bei Veranstaltungen in der Aula des OHG"**

Die Sprecherin der Fraktion MBM/F.D.P. begründet kurz ihren Antrag und verweist auf Parkschwierigkeiten bei öffentlichen Veranstaltungen in der OHG-Aula.

Die CDU-Fraktion widerspricht dieser Darstellung, hält den in diesem Bereich vorhandenen Parkraum für ausreichend und verweist u.a. auf das kaum benutzte Parkdeck.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Frage an die Verwaltung, ob in diesem Bereich nicht genügend Parkraum zur Verfügung steht, ob die Verwaltung eine Freigabe des Schulhofes zum Parken nicht als Geschäft der laufenden Verwaltung selbst entscheiden kann und ob sich der Belag des Schulhofes für eine Nutzung als Parkplatz eignet.

Die Verwaltung hält den vorhandenen Parkraum im Bereich des OHG/Bildungs- und Kulturzentrum für ausreichend und sieht lediglich eine Möglichkeit, evtl. bei einzelnen besonderen Großveranstaltungen den Schulhof der Realschule ausnahmsweise zur Verfügung zu stellen. Der Belag des Schulhofes sei hierfür geeignet.

Die SPD-Fraktion sieht eine prinzipielle Freigabe des Schulhofes als Parkplatz für Veranstaltungen in der Aula des OHG kritisch und verweist darauf, dass die Realschule hier zu beteiligen wäre. Sie geht nicht von einer Zustimmung der Schule aus. Im Übrigen sollte über eine solche Nutzung nur in wirklichen Ausnahmefällen wie z.B. Großveranstaltungen nachgedacht werden. Sie verweist darauf, dass im Normalfall das Parkplatzangebot völlig ausreicht, zumal auch in den in diesem Bereich liegenden Straßen geparkt werden kann.

Die Sprecherin der Fraktion MBM/F.D.P. macht deutlich, dass das Parkdeck von vielen Bürgerinnen und Bürgern aufgrund seiner Lage nicht genutzt wird. Gerade aus diesem Grunde habe sie diesen Antrag eingebracht.

Der Antrag wird bei 1 Stimme dafür (F.D.P.) und 2 Stimmenthaltungen (1 Grüne, 1 MBM) mit 33 Stimmen (BM, 18 CDU, 11 SPD, 1 Grüne, 2 Peto) abgelehnt.

**Ö 35. 2000/0326 Anfrage der SPD-Fraktion vom 26.01.2000**  
**"Einladungen zum Neujahrskonzert am 02.01.2000"**

Herr Bürgermeister Dünchheim beantwortet die Fragen wie folgt:

1. 82 Personen erhielten Freikarten zum Neujahrskonzert, und zwar die Ratsmitglieder, die Mitglieder der Verwaltungskonferenz, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Stadtjubiläum, die Sponsoren des Stadtjubiläums. 10 weitere Freikarten wurden vom FB 2 verlost.
2. Der Wert der Karten wurde vom FB 2 auf Null gesetzt. Als sich abzeichnete, dass große Leerstände zu erwarten waren, wurde die Vergabe der Freikarten als Marketingmaßnahme für dieses Konzert genutzt.

3. Nein. Die Verwaltung sah diese Maßnahme als sinnvolles Marketing für die Veranstaltung an, was den Stadtsäckel nicht belastet hat.
4. Es wurden keine Buchungen vorgenommen.

## **Ö 36. Mündliche Anfragen**

### **Ö 36.1 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Pruin (Grüne) „Verschwiegenheitspflicht“**

Rats Herr Pruin bezieht sich auf den heutigen Presseartikel in der Neuen Rhein Zeitung „Das Freibad soll geschlossen werden“. Er hält es für ungeheuerlich, dass erneut Informationen aus Unterlagen für die Aufsichtsratssitzung der MVV bereits vor der Sitzung an die Öffentlichkeit gelangen. Er verweist darauf, dass die Beratungspunkte nach der bestehenden Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der MVV nichtöffentlich sind und solche an die Presse lancierten Informationen die Diskussion im Aufsichtsrat belasten. Er stellt an den Bürgermeister die Frage, ob angesichts dieses Presseartikels noch eine unbelastete Diskussion geführt werden kann und was getan werden kann, damit sich derartige nicht wiederholt.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist auf seine klaren Worte hierzu in der letzten Aufsichtsratssitzung. Er macht deutlich, dass er die im GmbH-Gesetz mit Verweis auf das Aktiengesetz festgelegten Ordnungsmittel einsetzen wird, wenn er einem Mitglied des Aufsichtsrates die Verletzung der Verschwiegenheitspflicht nachweisen kann. Als zweite Möglichkeit nennt er die Abberufung des betreffenden Aufsichtsratsmitgliedes durch den Rat. Obwohl die Darstellung im zitierten Presseartikel völlig falsch und laienhaft sei, belaste sie die noch zu führende Diskussion.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion unterstützt die Aussagen des Bürgermeisters. Sie weist die unterschwellig gemachten Vorwürfe in Richtung SPD-Fraktion entschieden zurück. Auch die beiden SPD-Fraktionsmitglieder, die dem Aufsichtsrat der MVV angehören, wehren sich gegen die unterschweligen Schuldzuweisungen des Vorsitzenden der Fraktion Die Grünen und des Bürgermeisters. Sie machen deutlich, dass sie sich ihrer Verschwiegenheitspflicht bewusst sind.

Herr Bürgermeister Dünchheim erklärt, dass er die Angelegenheit in der Sitzung des Aufsichtsrates diskutieren lassen wird und von allen sechs Aufsichtsratsmitgliedern eine Erklärung zu dieser Angelegenheit verlangen wird.

### **Ö 36.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Sander (SPD) „Sitzungsbeginn“**

Rats Herr Sander bezieht sich auf die Anfrage des Rats Herrn Göbel in der letzten Sitzung, ob angesichts der Dauer der Sitzung an eine geänderte Terminierung der Sitzungen gedacht ist. Der Bürgermeister hatte in dieser Sitzung zugesagt, die Hinweise aufzunehmen. Rats Herr Sander fragt an, wie weit die Angelegenheit gediehen ist.





Herr Bürgermeister Dünchheim unterbricht auf den Antrag der SPD-Fraktion unter TOP Ö 1 hin die Sitzung.

Sitzungsunterbrechung von 22.40 bis 22.59 Uhr.

Die SPD-Fraktion verweist auf die zu diesem Thema bereits erschienenen Presseberichte, die heute vorgelegte Tischvorlage und kritisiert dieses Verfahren. Eine seriöse Behandlung der Angelegenheit hält sie unter diesen Umständen für unmöglich. Sie erinnert daran, dass die WFG im Mai 1998 nach langer Diskussion auf Initiative der CDU-Fraktion gegründet wurde, um eine professionellere Wirtschaftsförderung zu erreichen. Sie beklagt den Mangel an Kontinuität und ist der Meinung, dass die WFG mit dem ihr zugeordneten Beirat eine Chance zur Bewährung haben sollte. Sie hält die Auflösung für eine falsche Entscheidung und stimmt ihr nicht zu.

Herr Bürgermeister Dünchheim macht deutlich, dass der Beirat von dem Auflösungsbeschluss nicht betroffen ist und auch zukünftig weiter arbeiten wird. Er räumt die späte Vorlage dieser Beschlussvorlage ein, betont jedoch, dass bereits bei der Einsetzung von Herrn Dr. Hohnert als Geschäftsführer der MVV bekannt war, dass dieser die Auflösung der WFG abzuwickeln hat. Er macht deutlich, dass durch den heutigen Beschluss Personalkosten in Höhe von 350 000 DM eingespart werden, da die Aufgaben der Wirtschaftsförderung zukünftig wieder von der Verwaltung wahrgenommen werden. Die in der Verwaltung hierfür eingesetzte Strategiegruppe sei hierfür hervorragend geeignet.

Die Fraktion Die Grünen hält die Vorlage unter formalen Gesichtspunkten für nicht korrekt. Unter inhaltlichen Gesichtspunkten stimmt sie ihr zu. Sie verweist auf ihre Gegenstimme bei der Einrichtung der WFG, bei der wichtige Aufgaben aus der Verwaltung ausgegliedert und damit der Einflussnahme des Rates entzogen wurden. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der Personalkosteneinsparung sieht sie die Rückführung der Aufgaben in die Verwaltung positiv. Sie fragt an, ob es betriebsbedingte Kündigungen geben wird.

Der Bürgermeister berichtet, dass die in der WFG tätigen Bediensteten bereits ausgeschieden sind bzw. die Zeitverträge kurzfristig auslaufen.

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. werden Zweifel daran geäußert, dass die Verwaltung diese sehr wichtige Aufgabe kontinuierlich zusätzlich leisten kann und ihre Vorstellungen hierzu ausgereift sind. Sie stellt die Frage nach dem Ansprechpartner in der Verwaltung.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass die Wirtschaftsförderung Chefsache und damit Hauptaufgabe des Bürgermeisters und des Beigeordneten ist. Er verweist auf das heute allen Ratsmitgliedern ausgehändigte Organigramm, das die Aufgabenverteilung innerhalb der eingerichteten Strategiegruppe beinhaltet. Die endgültige Organisationsform steht noch nicht fest.

Die CDU-Fraktion unterstützt die von der Fraktion Die Grünen geäußerte Kritik an der Vorlage, vom Inhalt her befürwortet sie sie. Sie unterstreicht, dass bei der Gründung der WFG Professionalität und Engagement in der Wirtschaftsförderung erwartet wurden. Da dies nach ihren Vorstellungen nicht erreicht wurde, bejaht sie die Auflösung der WFG und einen neuen Weg in der Wirtschaftsförderung. Sie schlägt hierzu eine Beratung ohne Zeitdruck vor und beantragt eine Sondersitzung des Rates, in der nach entsprechenden Vorarbeiten und Vorlagen der Verwaltung bzw. der MVV über die neuen Strukturen der MVV und die Zielsetzungen der Wirtschaftsförderung in einer Grundsatzdebatte ausführlich beraten und entschieden wird.

In der sich hieran anschließenden Diskussion betont der Bürgermeister, dass der heute zu fassende Beschluss ein rein formaler Beschluss ist, da die Wirtschaftsförderung nicht mehr von der WFG, sondern wieder von der Verwaltung wahrgenommen wird. Er räumt Verfahrensfehler ein und stimmt einer Diskussion des Themenkomplexes auf einer breiteren Basis zu.

Die Fraktion Die Grünen steht inhaltlich zu der heute eingebrachten Vorlage, verlangt jedoch vor einer Beschlussfassung Aufklärung über die personellen Konsequenzen, die Höhe der Einsparungen, die Höhe der entstehenden Produktkosten und die weitere Arbeit des Beirates. Sie beantragt deshalb Vertagung und Behandlung in einer Sondersitzung, in der eine ausführlich vorbereitete ergänzte Vorlage vorgelegt wird.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag der Fraktion Die Grünen und betont, dass eine seriöse Entscheidung eine intensive Beratung dieses komplexen Themas voraussetzt. Sie verlangt als Entscheidungsgrundlage in der zu erstellenden Vorlage eine Aufstellung, aus der hervorgeht, wo freie personelle Kapazitäten in der Verwaltung vorhanden sind, um diese wichtigen Aufgaben zusätzlich wahrzunehmen.

Herr Bürgermeister Dünchheim macht nochmals die Einsparungen von 350 000 DM deutlich und betont, dass keine Mehrausgaben durch die Übernahme der Aufgaben der Wirtschaftsförderung durch die Verwaltung anfallen. Es ergeben sich lediglich Verschiebungen in den Produkten. Er sieht kein Problem in der Vertagung der Angelegenheit und stimmt einer Sondersitzung zu.

Auf die Frage aus der CDU-Fraktion, ob eine Sondersitzung bis Ende März möglich ist, betont der Bürgermeister, dass dies zum Thema Wirtschaftsförderung möglich sei. Für die Einbringung einer Vorlage zur kompletten neuen Struktur der MVV und den Zukunftsstrategien brauche die Verwaltung jedoch mehr Zeit. U.U. könne dann, evtl. im Mai, zu Einzelfragen nur ein Sachstandsbericht gegeben werden.

Aus der CDU-Fraktion wird darum gebeten, dass bis zu dieser Sondersitzung des Rates Entscheidungen des Aufsichtsrates der MVV in dieser Angelegenheit zurückgestellt werden.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Thema in der Aufsichtsratssitzung am 29.02.2000 vertagt wird.

Der Vertagung des Tagesordnungspunktes und Einberufung einer Sondersitzung des Rates wird einstimmig zugestimmt.